

Medienmitteilung

Liestal, 25. November 2018

Abstimmungsergebnisse vom 25. November 2018

Geschätzte Medienschaffende

Die BDP ist sehr zufrieden mit den kantonalen Abstimmungsergebnissen. Heute haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ganz im Sinne der BDP Basel-Landschaft entschieden. Bei den nationalen Abstimmungsergebnissen sind wir nur mit der deutlichen Ablehnung der Selbstbestimmungsinitiative zufrieden.

Kantonale Abstimmungsergebnisse vom 25. November 2018

Gegenvorschlag des Landrates zur Wohnkosten-Initiative

Die BDP ist sehr zufrieden mit dem Resultat von 81.09% JA für den Gegenvorschlag. Wir interpretieren das Resultat so, dass Wohneigentum in unserem Kanton sehr geschätzt wird und weiterhin gefördert werden muss.

Prämien-Initiative

Die BDP ist zufrieden mit dem Resultat von 54.45% NEIN zur Prämien-Initiative. Das vorgeschlagene Giesskannenprinzip wäre falsch gewesen. Wir interpretieren das knappe Resultat aber so, dass die hohen Prämien und Abgaben in unserem Kanton länger je mehr auch für den Mittelstand eine Belastung sind. Hier besteht Handlungsbedarf bei jenen, welche wirklich Unterstützung nötig haben. Dafür wird sich die BDP im Landrat einsetzen.

Verfassungsänderung Wahlen Zivilkreisgerichte

Die BDP ist zufrieden mit dem Resultat von 83.02% JA zur Verfassungsänderung bei den Zivilkreisgerichtswahlen. Auch für die Bevölkerung hat sich die Praxis der Wahlen der Richter durch den Landrat bewährt und deshalb ist es richtig, dies auch bei den Zivilkreisgerichten so zu handhaben.

Nationale Abstimmungsergebnisse vom 25. November 2018

Hornkuh-Initiative

Die BDP nimmt das knappe Resultat von 51.61% JA zur Hornkuh-Initiative im Kanton Baselland respektvoll entgegen. Dies ist ein klares Zeichen, dass die Bevölkerung dem Tierschutz bei der Nutztierhaltung einen hohen Stellenwert einräumt. Gesamtschweizerisch gesehen hatte die Hornkuh-Initiative jedoch keine Chance.

Selbstbestimmungsinitiative

Die BDP ist zufrieden mit dem Resultat von 63.27% NEIN (kantonal) und sehr zufrieden mit dem Resultat von 66.3% NEIN (national). Auch kein einziger Kanton (Ständemehr 0%) gab der undemokratischen, wirtschaftsfeindlichen und unsere Grundrechte abschaffenden Initiative eine Chance.

Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten

Die BDP ist über das klare Resultat von 68.02% JA zur Revision des ATSG bezüglich der Überwachung von Versicherten enttäuscht. Hier werden die Grundrechte der Schwächsten in der Gesellschaft über Bord geworfen. Missbrauchsbekämpfung ist notwendig, doch nicht ohne staatliche Kontrolle und Gerichtsbeschluss für eine Überwachung. Hier werden den privaten Versicherungsunternehmen mehr Rechte gegeben, als unserem Staat.

Bürgerliche Grüsse
BDP Basel-Landschaft

Marc Bürgi
Präsident

079 750 67 62
marc.buergi@bdp-bl.ch

Marie-Therese Müller
Landrätin

079 380 45 43
marie-therese.mueller@bdp-bl.ch